

1. Kosovo hat eine neue Regierung- Zunächst kurz zur der alten, die ja auch nicht so alt war? Bedauern Sie dass diese Hoffnungsträger, Kurti und Osmani, sich nicht durchsetzen konnten?

Ich glaube es wäre gut gewesen für das Land, mal wieder eine stabile Regierung zu haben, die ihr Mandat auch beendet. Auch Teile der Bevölkerung, die sich von einer Koalition unter der Führung von Albin Kurti und Vjosa Osmani viel versprochen haben, sind nun enttäuscht. Gerade in einer jungen Demokratie ist es wichtig, dass die Menschen sehen, dass ihre Stimme Gewicht hat. Die beiden hatten sich, gemeinsam mit ihren Parteien, viel vorgenommen und hatten ehrgeizige Reformpläne, die im Sinne des Landes gewesen wären. Gleichzeitig muss man natürlich auch anerkennen, dass die neue Regierung nun eine parlamentarische Mehrheit hat. Es ist nun in ihrer Verantwortung, die vielen notwendigen Reformen, gerade im Kampf gegen Korruption und im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und guten Regierungsführung, in Angriff zu nehmen.

2. Nun, zu der neuen Regierung -Die Lage ist angespannt. Die Vetevendosja und PDK wollen Neuwahlen. Ist das Klug angesichts der Pandemie , die ja noch nicht vorbei ist?

Zunächst einmal sind das zwei unterschiedliche Fragen, die eine Frage ist politisch, die andere epidemiologisch. Politisch betrachtet gibt es durchaus Argumente für Neuwahlen. Zum einen ist mit der Vetevendosje nun der Wahlsieger in der Opposition. Das alleine ist aber noch nicht komplett ungewöhnlich und laut kosovarischem Verfassungsgericht auch im Kosovo rechtmäßig. Gleichzeitig hat die LDK aber ihr gutes Abschneiden bei den vergangenen Wahlen auch in großen Teilen ihrer Spitzenkandidatin Vjosa Osmani zu verdanken, die gemeinsam mit der Vetevendosje für den Reformkurs der Koalition stand und bis zuletzt für den Fortbestand dieser Koalition gekämpft hat. Zudem bleibt abzuwarten, wie stabil die neue, überaus knappe Mehrheit im Parlament ist, insbesondere wenn man den beunruhigenden Berichten Glauben schenkt, dass einzelne Abgeordnete in letzter Sekunde überzeugt werden mussten, für diese Koalition zu stimmen. Auch aus Sicht vieler Wählerinnen und Wähler wären Neuwahlen sicherlich wünschenswert. Auf der anderen Seite ist die neue Regierung mehrheitlich im Parlament gewählt und damit jetzt im Amt. Es gibt viele Herausforderungen im Kosovo, die dringend angegangen werden müssen. Neben den genannten Reformen und dem Dialog mit Serbien, der zeitnah wieder aufgenommen werden sollte, braucht es auch weiterhin Lösungen zur Eindämmung der Pandemie und vor allem auch ihrer Folgen. Dafür braucht das Land eine handlungsfähige Regierung. Ob, wann und unter welchen Voraussetzungen Wahlen angesichts der gesundheitlichen Risiken der Pandemie grundsätzlich wieder möglich wären müssen Gesundheitsexperten entscheiden. Politisch und auch verfassungsrechtlich ist diese Frage ohnehin zunächst einmal entschieden.

3. Die EU bemüht sich aktiv, die Führung bei den Gesprächen mit Serbien zu übernehmen. Doch hier mischen sich immer wieder die USA ein? Ist das ein Zustand, der dem Kosovo schadet?

Die EU ist durch die Vereinten Nationen damit beauftragt, den Dialog zwischen Kosovo und Serbien auszurichten. Dies macht in meinen Augen auch Sinn wenn man bedenkt, dass beide Länder Mitglieder in der EU werden möchten. Dennoch sind die USA ein wichtiger Partner der EU, nicht nur auf dem Westbalkan sondern weit darüber hinaus. Daher ist es bedauerlich, dass zuletzt Meinungsverschiedenheiten mit Blick auf den Dialog eine engere Zusammenarbeit in dieser Frage verhindert haben. Durch die Ernennung von Miroslav Lajcak zum Beauftragten der EU für den Dialog ist die EU einen wichtigen Schritt gegangen und hat nun endlich einen hochrangigen Vertreter explizit für diese herausfordernde Aufgabe ernannt. Leider ist viel Zeit und Vertrauen verloren gegangen in den vergangenen Monaten und Jahren, zum einen durch die mangelnde Umsetzung

bereits unterzeichneter Abkommen auf beiden Seiten, aber auch durch Lösungsansätze, die für die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini akzeptabel waren, nicht aber für eine Reihe von EU-Mitgliedsstaaten. Miroslav Lajcak steht nun vor der schwierigen Aufgabe, dieses Vertrauen wieder aufzubauen und den Dialog wiederzubeleben. Ich glaube, dass die neue kosovarische Regierung gut beraten ist, sich daran konstruktiv zu beteiligen. Denn für beide Länder wird mittelfristig eine weitere EU-Annäherung nur möglich sein, wenn eine Lösung in dem Konflikt gefunden ist. Dabei spielt es in meinen Augen auch keine Rolle, dass Miroslav Lajcak aus einem Land kommt, das die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkannt hat. Er handelt im Dialog nicht als Vertreter seines Landes, sondern der EU, in der die Mehrheit der Länder die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt hat, und als solcher genießt er auch das Vertrauen von Mitgliedsstaaten wie Deutschland, das nicht nur die Unabhängigkeit des Kosovo sondern auch dessen territoriale Integrität unterstützt hat. Gleichzeitig hat die EU ein großes Interesse an einer nachhaltigen und tragfähigen Lösung des Konflikts, während US-Präsident Trump in der Vergangenheit wiederholt gezeigt hat, dass ihm mehr an seinem persönlichen Vorteil gelegen ist, als an Kompromissen und tragfähigen Lösungen. Die aktuelle Situation in den USA zeigt, dass dies umso mehr gilt für die letzten Monate vor den Präsidentschaftswahlen. Ich würde mir wünschen, dass die EU und die USA in dieser Frage wieder enger zusammenarbeiten, aber die Führungsrolle in dem Dialog gehört für mich aus den genannten Gründen nach wie vor nach Brüssel.

4. Wir haben in allen Ländern des Westbalkans das Problem, dass sie sich wie Schüler - Lehrer gegenüber der EU und USA: Es wird Druck ausgeübt, und es funktioniert nur wenn der Druck genug Belohnung anbietet. Sehen Sie das auch so: Ist das ein Ansatz, das funktioniert?

Ich glaube auch hier muss man sich den Kontext genauer ansehen. Der EU-Beitrittsprozess basiert auf dem Prinzip der Konditionalität, da es in der Europäischen Union gewisse Standards gibt, die ein Land erfüllen muss, um beitreten zu können. Dabei stehen Reformen in den Bereichen gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund, die Anforderungen gehen aber weit darüber hinaus. Um diesen Reformprozess engmaschig zu begleiten, hat die EU immer weitere Zwischenschritte eingeführt, mit denen die Länder stufenweise an die Union herangeführt werden sollen und diese parallel mit Zwischenschritten in den Reformprozessen konditioniert. Gleichzeitig sollte allen klar sein, dass die Reformen selbst vor allem auch dazu führen sollen, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und diese daher auch nicht nur für die EU, sondern in aller erster Linie für die Länder selbst umgesetzt werden sollten. Hier würde ich mir mehr Verantwortungsbewusstsein der Regierungen gegenüber ihren Bevölkerungen wünschen, denn es sollte auch klar sein, dass der Wille, die Westbalkanländer zu reformieren in der EU nicht größer sein kann als in den Ländern selbst. Dieser Ansatz funktioniert aber nur, wenn beide Seiten diesen Prozess unterstützen. Auch hier ist in den vergangenen Jahren leider viel Vertrauen verloren gegangen. Die EU hat mehrfach die Erwartungen an den Prozess enttäuscht. Als Beispiele sind hier die verzögerte Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien sowie die noch immer ausstehende Visa liberalisierung für die Bürgerinnen und Bürger des Kosovo zu nennen. Aber das Zögern auf Seiten der EU hängt ebenfalls mit einem Vertrauensverlust und mit einer wachsenden Skepsis in den Mitgliedsstaaten zusammen, dass es den nötigen Reformwillen in den Ländern der Region gibt und dass Reformen, gerade im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, mit ausreichender Ernsthaftigkeit angegangen werden. Denn wenn Reformen nur unter großem Druck angegangen werden, ist deren Nachhaltigkeit sicherlich zu bezweifeln. Außerdem handelt es sich bei den Ländern des Westbalkans um souveräne Staaten, die Verantwortung für ihre eigene Zukunft übernehmen müssen. Wenn diese Zukunft in der EU sein soll, gibt es jedoch zu den erforderlichen Reformen keine Alternative.